

## LESERMEINUNGEN / FORUMSBEITRÄGE

**Das halbe Paradoxon****Replik auf Leserbrief von Joe Schädler**

Ja, Herr Schädler, auf so eine hanebüchene Ansicht können nur Sie kommen. Sie wären ein begnadeter Arzt, der sieben ganz verschiedene Operationen, wie Hüfte, Knie, Sakralgelenk und Galle, um nur einige zu nennen, die ja erst in zeitlichen Abständen plötzlich nötig wurden, voraussehend in einem Aufwasch operiert. Bravo, herzlichen Glückwunsch. Ich gehe weiter in mein Spital, das liechtensteinische Landesspital, ob es Ihnen passt oder nicht. Aber selbst die anderen Spitäler, in die ich nicht gehe und gehen werde, verfügen nicht über ein so hellseherisches Know-how wie Sie.

Sylvia Donau  
Lavadinastrasse 36, Triesenberg

**«Überspitzt dargestellt»****Bremsmanöver eines Schülerbusses**

Am Freitag, dem 29. November, gab es einen Unfall mit einem Schülerbus, bei dem sich einige Schüler nach einem abrupten Bremsmanöver Verletzungen von unterschiedlicher Stärke zugezogen haben. Allerdings werden die Ereignisse unserer Meinung nach in den Medien viel zu überspitzt dargestellt. Dazu zählt auch der übertriebene Facebook-Kommentar einer Mutter, deren Tochter sich offenbar zur Unfallzeit im Bus befand. Sie schreibt von einem «rasenden Busfahrer», «Geschrei» und einem «Riesenknull».

Da das Bremsmanöver kurz nach dem Anfahren des Busses eingeleitet wurde, kann man hier wohl kaum von «Rasen» sprechen. Auch von dem genannten Geschrei und dem Riesenknull kann nach den Beobachtungen von drei Schülern, welche sich vorne beim Busfahrer befanden und eines weiteren Schülers, welcher sich im hinteren Teil des Busses aufhielt, kaum die Rede

sein. Laut deren Aussage sah der Busfahrer sich um und fuhr dann, als er nichts Aussergewöhnliches feststellen konnte, weiter. Erst als einige Haltestellen weiter (Hofkellei) ihm ein Schüler mitteilte, dass sich im hinteren Teil des Busses offenbar einige Schüler/-innen verletzt hätten und eine Scheibe zerbrochen sei, fuhr er noch kurze Zeit weiter bis zur Haltestelle «Vaduz Post», wo er die Strasse verlassen konnte, um den Verkehr nicht zu behindern, stieg aus und sah nach, was genau passiert war. Es ist etwas übertrieben, dass sich das Ganze in eine regelrechte Hexenjagd gegen den Busfahrer entwickelt, der nach unseren Beobachtungen richtig reagiert hat, nachdem er von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt wurde.

Colin Nutt, Lukas Risch, Melissa Frick, Sebastian Ampert und Simone Politi

**5G****Zum Nachdenken**

Auch bei uns wird über die Strahlung des neuen 5G-Systems diskutiert und natürlich werden alle Gesundheitsrisiken von den Mobilfunkanbieter negiert. Bedenklich ist die Nachricht, die uns aus der Nordrhein-Westfälischen Stadt Gelsenkirchen mitgeteilt wurde. Das Gesundheitsministerium Nordrhein Westfalens bestätigte, dass dieses Jahr in einer Klinik innerhalb weniger Wochen drei Kinder mit verkrüppelten Händchen auf die Welt gekommen sind. Traurigerweise wurde die Warnung des Schweizerischen Bundesamts BAFU der «Destabilisierung der Erbinformation durch die Strahlung» bestätigt.

Max Heidegger  
Unterfeld 28, Triesen

**Kleine Anfrage  
Stellungnahme  
von HalbeHalbe**

Auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Violanda Lanter gab die Regierung in der Landtagssitzung vom

6. Dezember 2019 folgende Antworten: «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien stellt ... bereits jetzt einen Schwerpunkt im laufend adaptierten Massnahmenplan für die Förderung der Chancengleichheit dar. Dieser Zielsetzung wird dementsprechend auch ohne Vorhandensein einer Gleichstellungsstrategie mit verschiedenen Massnahmen nachgelebt. Die meisten Massnahmen sind offensichtlich und es ist zumindest zweifelhaft, ob die Erstellung von Konzeptpapieren eine konkrete Verbesserung bringt.» «Über den Verfassungsartikelzusatz hat der Landtag zu bestimmen respektive haben allenfalls die Stimmberechtigten an der Urne zu befinden. Die beschriebenen konkreten Arbeiten und Projekte wurden auch ohne diesen Verfassungszusatz in Angriff genommen bzw. umgesetzt.»

«Die Gleichstellung von Frau und Mann und eine möglichst ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien ist ein gesellschaftlicher Auftrag, der auch im Massnahmenplan des Gesellschaftsministeriums und des Fachbereichs Chancengleichheit abgebildet ist. Es werden sowohl bewusstseinsbildende Massnahmen als auch konkrete Massnahmen wie eine verfügbare und bezahlbare ausserhäusliche Kinderbetreuung oder Massnahmen in Unternehmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein, welche letztlich zu einer ausgewogenen Vertretung beider Geschlechter in Entscheidungsgremien führen.» Das Initiativkomitee HalbeHalbe stellt nicht in Abrede, dass seitens der Regierung einige Massnahmen in die Wege geleitet wurden. Sie sind aber bei Weitem nicht ausreichend, um eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter in politischen Gremien in absehbarer Zeit umzusetzen. Mit dem vorgeschlagenen Verfassungszusatz: «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert», soll aber nicht nur die Regierung in die Pflicht nehmen; auch der Landtag, die Partei-

en und alle politisch Verantwortlichen erhalten die Verpflichtung, dem Verfassungszusatz nachzuleben. Wie sie das im Einzelnen tun, ist ihnen jeweils überlassen. Die in Leserbriefen zum Ausdruck gebrachte Meinung, es handle sich um die schleichende Einführung einer Quote, entbehrt jeder Grundlage. Dass mit der Annahme der Initiative ein «Verfassungsbruch» begangen würde, weil ja gemäss bestehendem Verfassungstext alle Landesangehörigen vor dem Gesetz gleich sind, ist nicht nachvollziehbar. Wenn schon Frauen und Männer vor dem Gesetz gleich sind, sollte dies auch in der Wirklichkeit so sein. Davon ist Liechtenstein bezüglich der Chancengleichheit noch weit entfernt.

Initiativkomitee HalbeHalbe

**Landtagsdebatte****Steuergeld für AHV-Rentner im Ausland?**

Im «Vaterland» vom Samstag schreibt VU-Sekretär M. Winkler unter dem Titel Casino-Ambivalenz im Landtag: «Sie wollen beliebt machen, dass den Grenzgängern irgendwie ihre Rente aus Liechtenstein zugunsten der Rentner im Inland gekürzt wird.» Winkler verbreitet damit absichtlich, oder weil er nicht richtig zugehört hat, dummes Zeug. Es war nie die Rede davon, dass Grenzgänger zugunsten der Inländer benachteiligt werden sollen. Grenzgänger haben bezüglich AHV-Rente das gleiche Anrecht wie in Liechtenstein wohnhafte Arbeitnehmer. Die VU wies darauf hin, dass zwei Drittel der Rentner im Ausland wohnen, aber nur ein Drittel der AHV-Renten exportiert werden. Dazu muss erklärend gesagt werden, dass für im Ausland wohnende Rentner die Rentenauszahlung im Durchschnitt deshalb kleiner ist, weil sie in aller Regel weniger Beitragsjahre haben. Eine Ungleichbehandlung findet deshalb nicht statt.

Auslöser der Rentendebatte waren die Einnahmen des Staates aus den

Casinos. Die VU wollte mit ihrer Motion eine Zweckbindung dieser Einnahmen in die AHV bewirken. Dies kam nicht gut an, die Motion wurde hochkantig verworfen. Selbst zwei Abgeordnete der VU stimmten dagegen. Die AHV-Einnahmen sollen nicht abhängig von Casoeinnahmen werden. Für den Fortbestand der Sozialsysteme ist der Staat in seiner Gesamtheit verantwortlich. Sämtliche Steuer- und Spielgeldabgaben sollen wie bis anhin in die Staatskasse fließen und von dort aus verteilt werden. Die VU strebte mit ihrer Motion auch eine Rentenerhöhung an. Die Abgeordneten der Demokraten pro Liechtenstein (DpL) schlugen dagegen vor, dass den in Liechtenstein wohnhaften Rentnern aus der Landeskasse eine jährliche Gratifikation ausgerichtet wird. Die Gemeinde Vaduz verschenkt auch in diesem Jahr 100 Frankengutscheine an jeden Haushalt in Vaduz. Die Haushalte der in Vaduz arbeitenden Grenzgänger erhalten diese Gutscheine jedoch nicht. Dazu äusserte sich Winkler jedoch nicht, obwohl dies in der Logik Winklers auch eine Ungerechtigkeit darstellen müsste. Wenn aber von der DpL ein Zuschuss an die Rentner in Liechtenstein vorgeschlagen wird, dann passt das dem VU-Sekretär nicht. In seinen Augen müssten dann an alle im Ausland wohnenden Rentner, die vor Jahren einmal in Liechtenstein gearbeitet haben, auch aus den Steuerabgaben von den Bewohnern und der Wirtschaft Liechtensteins beglückt werden. Mit uns ist das nicht zu haben. Dieses Steuergeld gehört den Inländern. Fakt ist, dass die Rentner im Ausland hierzulande keine Steuern bezahlen. Wieso sollen sie also Zuschüsse aus unserer Staatskasse erhalten? Als DpL-Abgeordnete vertreten wir den Staat Liechtenstein und deren Bewohner. Steuergeldexporte sollen nur dort erfolgen, wo rechtliche Verpflichtungen da sind. Der Rest der Staatseinnahmen muss im Inland verbleiben.

Herbert Elkuch, DpL

ANZEIGE

**TOPJOB.li**

**Erfolgreiche Karrieren  
beginnen mit dem  
ersten Schritt.**

**Jetzt anmelden.**